

**Weber / Förchler: Der Zivilprozess, 4. Auflage 2018**

**Antworten zu Kontrollfragen Kapitel 1 „Einführung“**

1. Es gibt vertragliche Rechtsbeziehungen aufgrund eines vertraglichen Schuldverhältnisses (§§ 241 Abs. 1, 311 Abs. 1 BGB), aber auch vorvertragliche Rechtsbeziehungen aus der Anbahnung eines Vertrages (§ 311 Abs. 2 BGB). Daneben existieren außervertragliche Beziehungen aufgrund unerlaubter Handlungen (§ 823 Abs. 1 BGB).
2. Privatautonomie garantiert die freie Selbstbestimmung der Vertragspartner; sie ist aus dem Freiheitsgrundrecht des Art. 2 Abs. 1 GG abzuleiten. Wichtigste Ausprägung der Privatautonomie ist die Vertragsfreiheit, die ihrerseits u.a. die Abschlussfreiheit und die Inhaltsfreiheit umfasst.
3. Das ist vor allem die Rechtsdurchsetzungsfreiheit. Danach kann der Gläubiger einer Forderung „privatautonom“ entscheiden, ob er seinen Anspruch gegen den Schuldner unter Inanspruchnahme staatlicher Gerichte und Vollstreckungsorgane durchsetzen lassen will oder nicht. Er kann seine Ansprüche einklagen, muss es aber nicht, wenn er auf deren Geltendmachung verzichten will.
4. Der Staat stellt bei Konflikten Konfliktlösungsinstitutionen (Gerichte, Gütestellen) und Verfahrensregeln (ZPO, GVG u.a.) zur Verfügung. Er wird dabei jedoch nur auf Antrag eines Bürgers und nicht von Amts wegen tätig. Darüber hinaus übernimmt er wiederum auf Antrag die Realisierung von bestehenden Ansprüchen im Wege der Zwangsvollstreckung durch staatliche Organe (z.B. Gerichtsvollzieher, Vollstreckungsgerichte). Er bietet daher das Instrumentarium für die Durchsetzung von zivilrechtlichen Ansprüchen durch Gläubiger gegen Schuldner.
5. Sie heißen Kläger und Beklagter, soweit es sich um besondere Verfahren (z.B. Mahnverfahren, Arrest) handelt heißen sie auch Antragsteller und Antragsgegner.
6. Vor der ordentlichen Gerichtsbarkeit (§ 12 GVG), welche durch die Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte und den Bundesgerichtshof in Zivilsachen gebildet wird.
7. Neben der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Zivilsachen gibt es noch den Strafprozess vor der gleichen Gerichtsbarkeit, darüber hinaus Arbeitsgerichtsprozesse vor der Arbeitsgerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichtsprozesse vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Verfassungsstreitigkeiten vor dem Bundesverfassungsgericht, Finanzstreitigkeiten vor der Finanzgerichtsbarkeit und Sozialrechtsstreitigkeiten vor der Sozialgerichtsbarkeit.
8. Die Prozessparteien haben über den Zivilprozess die „Herrschaft“ (Parteiherrschaft). Das heißt, sie bestimmen die Inhalte des Prozesses dadurch, welche Fakten sie dem Richter vortragen und welche Beweismittel sie vorlegen (Beibringungsgrundsatz); sie bestimmen auch den Verlauf des Prozesses, weil sie über den Streitgegenstand disponieren können, also die Klage ändern, die Klage zurücknehmen oder der Klage durch gütliche Einigung des Boden entziehen können (Dispositionsgrundsatz).

9. Er muss zunächst das Erkenntnisverfahren und dann das Zwangsvollstreckungsverfahren durchlaufen. Sinn dieser Zweiteilung ist, dass eine neutrale staatliche Instanz zunächst das materielle Bestehen des Anspruchs auf einem bestimmten prozessualen Weg prüft, bevor eine andere Instanz diesen Anspruch durch Zwangsmaßnahmen durchsetzt.
10. Die zwangsweise Durchsetzung von Ansprüchen ist mit Eingriffen in geschützte Rechtsgüter des Schuldners verbunden. Um auch hierbei den Grundrechtsschutz des Schuldners zu wahren, dürfen solche Eingriffe nur unter engen Voraussetzungen erfolgen. Damit die Beachtung der Grundrechte gewährleistet ist, übernehmen staatliche Organe die Zwangsvollstreckung in fremde Rechtsgüter unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften.
11. Weil der Richter zur Erkenntnis gelangen muss, ob der geltend gemachte Anspruch besteht oder nicht besteht. Besteht er, so wird er im Urteil „anerkannt“, besteht er nicht, wird er im Wege der Klageabweisung „abgekannt“.
12. Der Vollstreckungstitel ist Grundlage der Zwangsvollstreckung, er liefert Gewähr dafür, dass der durchzusetzende Anspruch legitim ist, weil er von einem Richter geprüft wurde, der Vollstreckungsschuldner gegen einen Anspruch keine Einwendungen erhoben hat oder sogar einverstanden ist. Die wichtigsten Vollstreckungstitel sind Endurteile (§ 704 ZPO), Vollstreckungsbescheid nach gerichtlichem Mahnverfahren (§§ 794 Abs. 1 Nr.4, 699 ZPO), notarielle Urkunde mit Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung (§ 794 Abs. 1 Nr. 5 ZPO).
13. Der Gerichtsvollzieher wird auf Antrag tätig (Vollstreckungsauftrag), er begibt sich – vorbehaltlich anderer Vorgehensweisen - zum Schuldner, um dessen Wohnung nach Geld oder pfändbarer Habe zu durchsuchen. Dazu bedarf er eines richterlichen Durchsuchungsbeschlusses, wenn der Schuldner den Zutritt verwehrt. Die Zwangsvollstreckung in bewegliches Vermögen erfolgt durch Pfändung von Geld oder anderer bestimmter Vermögensgegenstände, die der Gerichtsvollzieher in Besitz nimmt und in einer öffentlichen Versteigerung zu Geld macht. Aus dem Erlös wird dann der Gläubiger wegen seiner Forderung befriedigt.